

Bericht

über die Erstellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2019

Alzheimer Angehörigen-Initiative
gemeinnützige GmbH
Reinickendorfer Straße 61
13347 Berlin

11. Juni 2020
10016

Ausfertigung Nr. 1
von 4 Exemplaren

Diplom-Kaufmann **Andreas Vollmer**



Chausseestraße14
10115 Berlin
Telefon (030)311 66 96-0
Telefax (030) 311 66 96-21
wp-vollmer.de

Inhaltsverzeichnis

A.	Auftragsannahme	2
	1. Auftraggeber und Auftragsabgrenzung	2
	2. Auftragsdurchführung	4
B.	Grundlagen des Jahresabschlusses	6
	1. Buchführung und Inventar, erteilte Auskünfte	6
	2. Feststellungen zu den Grundlagen des Jahresabschlusses	7
C.	Rechtliche und wirtschaftliche Grundlagen	8
	1. Rechtliche Verhältnisse	8
	2. Steuerliche Verhältnisse	9
	3. Wirtschaftliche Verhältnisse	11
	3.1 Allgemeines	11
	3.2 Vermögenslage	12
	3.3 Ertragslage	13
D.	Art und Umfang der Erstellungsarbeiten	14
E.	Erläuterungen zu den Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung	15
	1. Erläuterungen zur Bilanz	15
	2. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	24
F.	Ergebnis der Arbeiten und Bescheinigung	30

Anlagen

Bilanz zum 31. Dezember 2019	
Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2019	II
Anhang für das Geschäftsjahr 2019	III
Entwicklung des Anlagevermögens 2019	IV
Gewinn- und Verlustrechnung nach steuerlichen Sphären 2019	V
Mittelverwendungsrechnung 2019	VI
Kontennachweis zur Bilanz	VII
Kontennachweis zur Gewinn- und Verlustrechnung	VIII
Allgemeine Auftragsbedingungen	IX

A. Auftragsannahme

1. Auftraggeber und Auftragsabgrenzung

Die Geschäftsführung der

**Alzheimer Angehörigen-Initiative
gemeinnützige GmbH,
Berlin**

- nachfolgend auch kurz "Gesellschaft" genannt -

beauftragte mich, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 aus den mir zur Verfügung gestellten Unterlagen sowie erteilten Auskünften nach gesetzlichen Vorgaben und nach den innerhalb dieses Rahmens liegenden Anweisungen des Auftraggebers zur Ausübung bestehender Wahlrechte zu entwickeln und dabei die mir vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise durch Befragungen und analytische Beurteilungen auf ihre Plausibilität hin zu beurteilen, um mit einer gewissen Sicherheit auszuschließen, dass diese nicht ordnungsgemäß sind. Diesen Auftrag zur Erstellung mit Plausibilitätsbeurteilungen habe ich in der Zeit vom 23. März 2020 bis zum 11. Juni 2020 (mit Unterbrechungen) in meinen Geschäftsräumen in Berlin durchgeführt.

Mein Auftrag zur Erstellung des Jahresabschlusses umfasste keine über die Auftragsart hinausgehenden Tätigkeiten und damit auch keine erweiterten Verantwortlichkeiten als Wirtschaftsprüfer.

Die Pflicht zur Aufstellung des Jahresabschlusses oblag der mich mit dessen Erstellung beauftragenden gesetzlichen Vertretung der Gesellschaft, die über die Ausübung aller mit der Aufstellung verbundener Gestaltungsmöglichkeiten und Rechtsakte zu entscheiden hatte.

Ich habe meinen Auftraggeber über solche Sachverhalte, die zu Wahlrechten führten, in Kenntnis gesetzt und von ihm Entscheidungsvorgaben zur Ausübung von materiellen und formellen Gestaltungsmöglichkeiten (Ansatz-, Bewertungs- und Ausweiswahlrechten) sowie Ermessensentscheidungen eingeholt.

Dies galt in gleicher Weise für die von meinem Auftraggeber zu treffenden Entscheidungen über die Anwendung von Aufstellungs- und Offenlegungserleichterungen des Jahresabschlusses für kleine Gesellschaften.

Nach den in § 267 HGB angegebenen Größenklassen ist die Gesellschaft eine kleine Kapitalgesellschaft.

Betrag in Euro	2019	2018	2017
Bilanzsumme	147.551,57	227.032,12	203.031,57
Umsatzerlöse	951.114,16	821.847,59	725.973,14
Anzahl der Arbeitnehmer	30	29	28

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses wurde von den größenabhängigen Erleichterungen der §§ 267, 274a, 276, 288 HGB Gebrauch gemacht.

Eine Offenlegung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2018 sowie der anderen notwendigen Unterlagen ist erfolgt.

Der mir erteilte Auftrag zur Erstellung des Jahresabschlusses umfasste alle Tätigkeiten, die erforderlich waren, um auf der Grundlage der Buchführung und der Inventur sowie der eingeholten Auskünfte zu Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsfragen und der Vorgaben zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden unter Vornahme der Abschlussbuchungen den handelsrechtlich vorgeschriebenen Jahresabschluss, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang, zu erstellen.

Meine Auftragsvereinbarungen sehen vor, dass eine Bezugnahme auf die Erstellung durch mich nur in Verbindung mit dem vollständigen von mir erstellten Jahresabschluss erfolgen darf.

Bei der Auftragsannahme habe ich von meinem Auftraggeber ausbedungen, dass mir die für die Auftragsdurchführung benötigten Unterlagen und Aufklärungen vollständig gegeben werden.

Für die Durchführung des Auftrags und meine Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die diesem Bericht als Anlage beigefügten "Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften" in der Fassung vom 1. Januar 2017 maßgebend.

2. Auftragsdurchführung

Im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses und bei meiner Berichterstattung hierüber habe ich die einschlägigen Normen der Wirtschaftsprüferordnung (WPO) und meine Berufspflichten beachtet, darunter die Grundsätze der Unabhängigkeit, Gewissenhaftigkeit, Verschwiegenheit, Eigenverantwortlichkeit und Unparteilichkeit (§ 43 Abs. 1 WPO).

Die Erstellung des Jahresabschlusses umfasst unabhängig von der Art meines Auftrags die Tätigkeiten, die erforderlich sind, um auf Grundlage der Buchführung und des Inventars sowie der eingeholten Vorgaben zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden unter Vornahme der Abschlussbuchungen die gesetzlich vorgeschriebene Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sowie einen Anhang und weitere Abschlussbestandteile zu erstellen.

Nicht zur Erstellung des Jahresabschlusses gehören die erforderlichen Entscheidungen über die Ausübung materieller und formeller Gestaltungsmöglichkeiten (Ansatz-, Bewertungs- und Ausweahlrechte sowie Ermessensentscheidungen). Bestehende Gestaltungsmöglichkeiten wurden von mir im Rahmen der Erstellung nach den Vorgaben des Kaufmanns bzw. der gesetzlichen Vertreter ausgeübt.

Entsprechendes gilt für Entscheidungen über die Anwendung von Aufstellungs- und Offenlegungserleichterungen des Jahresabschlusses für kleine Gesellschaften.

Ich habe meinen Auftraggeber darüber hinaus über gesetzliche Fristen zur Aufstellung, Feststellung und Offenlegung des Jahresabschlusses aufgeklärt.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses habe ich die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Wesentlichkeit beachtet.

Die Erstellung des Jahresabschlusses erforderte von mir die Kenntnis und Beachtung der hierfür geltenden gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, einschlägiger Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags sowie der einschlägigen fachlichen Verlautbarungen.

Zur Durchführung des Auftrags hatte ich mir die für die vorliegende Auftragsart erforderlichen Kenntnisse über die Branche, den Rechtsrahmen und die Geschäftstätigkeit des Unternehmens meines Auftraggebers anzueignen.

Die Erstellung des Jahresabschlusses erfolgte unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften des Handels- und Steuerrechts sowie der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung.

Im Rahmen des erteilten Auftrags habe ich die gesetzlichen Vorschriften für die Aufstellung von Jahresabschlüssen sowie die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung beachtet. Die Beachtung anderer gesetzlicher Vorschriften sowie die Aufdeckung und Aufklärung von Straftaten und außerhalb der Rechnungslegung begangener Ordnungswidrigkeiten waren nicht Gegenstand meines Auftrags.

Als Erstellungsunterlagen dienten die Buchhaltungsunterlagen, die vollständigen Belege, Kontoauszüge der Kreditinstitute sowie das gesamte Akten- und Schriftgut der Gesellschaft.

Ergänzend hat die Geschäftsführung in der berufsüblichen Vollständigkeitserklärung, die keinen Ersatz für Erstellungshandlungen und für auftragsabhängig durchzuführende Beurteilungen der Ordnungsmäßigkeit der zu Grunde gelegten Unterlagen darstellt, mir schriftlich bestätigt, dass in Buchführung und Jahresabschluss alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen berücksichtigt, sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten, alle erforderlichen Angaben gemacht und alle bestehenden Haftungsverhältnisse bekannt gegeben worden sind.

B. Grundlagen des Jahresabschlusses

1. Buchführung und Inventar, erteilte Auskünfte

Für das Unternehmen besteht nach § 238 HGB Buchführungspflicht.

Die Buchführung wurde auf den EDV-Systemen des Unternehmens erstellt. Die dabei eingesetzte Software Lexware financial office pro der Firma Haufe-Lexware GmbH Co. KG erfüllt die Voraussetzungen für eine ordnungsmäßige Finanzbuchführung und Entwicklung des Jahresabschlusses.

Die Anlagenbuchführung wurde auf den EDV-Systemen des Unternehmens erstellt. Die dabei eingesetzte Software Lexware financial office pro der Firma Haufe-Lexware GmbH Co. KG erfüllt die Voraussetzungen für eine ordnungsmäßige Finanzbuchführung und Entwicklung des Jahresabschlusses.

Die Lohn- und Gehaltsbuchführung wurde durch Lohnservice WENDEL, Berlin, erstellt. Die dabei eingesetzte Software ADDISON der Firma Walters Kluwer Software und Service GmbH erfüllt die Voraussetzungen für eine ordnungsmäßige Lohn- und Gehaltsbuchführung.

Die Organisation der Buchhaltung, das interne Kontrollsystem, der Datenfluss und das Belegwesen ermöglichen die vollständige, richtige, zeitgerechte und geordnete Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle.

Die Verfahrensabläufe in der Buchführung haben keine nennenswerten organisatorischen Änderungen erfahren.

Die Geschäftsführung benannte folgende Auskunftspersonen:

Frau Irmgard Keller-Plogmann

Alle erbetenen Auskünfte, Aufklärungen und Nachweise wurden von der Geschäftsführung und von den zur Auskunft benannten Mitarbeitern bereitwillig erbracht.

2. Feststellungen zu den Grundlagen des Jahresabschlusses

Die Buchführung entspricht nach meinen Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften.

Die Anlagenbuchführung entspricht nach meinen Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften.

Die Lohn- und Gehaltsbuchführung entspricht nach meinen Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften.

Die Saldenvorträge zum 01.01.2019 entsprechen den Ansätzen in der Bilanz zum 31.12.2018.

Der Jahresabschluss wurde auf meinen EDV-Systemen unter Zuhilfenahme der Software Abschlussprüfung comfort der DATEV eG erstellt.

Soweit sich im Rahmen meiner Jahresabschlusserstellung Buchungen ergaben, habe ich diese mit der Geschäftsführung meines Auftraggebers abgestimmt. Die Abschlussbuchungen wurden bis zum Abschluss meiner Tätigkeit vorgenommen.

Die Gliederung des Jahresabschlusses entspricht den Vorschriften des HGB unter besonderer Beachtung der §§ 266 und 275 HGB. Das Anlagevermögen ist in einem Bestandsnachweis ordnungsgemäß entwickelt.

Das Wahlrecht nach § 8 PBV wurde nicht ausgeübt.

Die geltenden handelsrechtlichen Bewertungsvorschriften wurden unter Berücksichtigung der Fortführung der Unternehmenstätigkeit beachtet. Die auf den vorhergehenden Jahresabschluss angewandten Bewertungsmethoden wurden beibehalten.

Allen am Bilanzstichtag bestehenden Risiken - soweit sie bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses erkennbar waren - ist durch die Bildung ausreichender Rückstellungen und Wertberichtigungen Rechnung getragen. Soweit solche Risiken nach dem Bilanzstichtag entstanden sind, wird auf sie im Anhang verwiesen.

Der Anhang enthält die vorgeschriebenen Erläuterungen zu den einzelnen Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung - soweit sie nicht bereits dort gemacht wurden - und er gibt die sonstigen Pflichtangaben richtig und vollständig wieder.

Die einzelnen Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung werden im Erläuterungsteil ausführlich dargestellt.

Auf weitergehende Erläuterungen im Anhang wird hingewiesen.

C. Rechtliche und wirtschaftliche Grundlagen

1. Rechtliche Verhältnisse

Firma:	Alzheimer Angehörigen-Initiative gemeinnützige GmbH
Rechtsform:	GmbH
Gründung am:	22.12.2009
Sitz:	Berlin
Anschrift:	Reinickendorfer Straße 61 13347 Berlin
Eintragung ins Handelsregister:	Amtsgericht Berlin (Charlottenburg) 124201 am 18.01.2010
Gesellschaftsvertrag:	Gültig in der Fassung vom 22. Dezember 2009
Geschäftsjahr:	1. Januar bis 31. Dezember
Gegenstand des Unternehmens:	Die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege. Ziel ist es, die Leiden von Menschen mit Demenz und der sie Betreuenden zu lindern und ihre Lebensqualität zu erhöhen.
Gezeichnetes Kapital:	25.000,00 Euro
Gesellschafter:	Alzheimer Angehörigen-Initiative e.V. 25.000,00 Euro
Geschäftsführung, Vertretung:	Ulrich Fehlau bis 30. September 2019 Sascha Hannemann ab 1. Oktober 2019
Entlastung Geschäftsführung:	Der Geschäftsführung wurde in der Gesellschafterversammlung vom 6. Juni 2019 Entlastung für das Geschäftsjahr 2018 erteilt.

2. steuerliche Verhältnisse

Gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG sind Körperschaften, die nach der Satzung und der tatsächlichen Geschäftsführung ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zwecken dienen (§§ 51 bis 68 AO), von der Körperschaftsteuer befreit. Unter welchen Voraussetzungen eine Körperschaft gemeinnützigen bzw. mildtätigen Zwecken dient, regeln die §§ 52 und 53 i. V. mit §§ 65 bis 68 AO.

Die Gesellschaft wird beim Finanzamt für Körperschaften I unter Steuer-Nr. 27/026/37714 geführt.

Die Gesellschaft ist durch die Anlage zum Körperschaftsteuerbescheid 2018 des Finanzamtes für Körperschaften I vom 7. August 2019 für das Jahr 2018 als ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken dienend von der Körperschaft- und Gewerbesteuer befreit.

Sie ist berechtigt, förmliche Zuwendungsbestätigungen auszustellen.

Mit Bescheid des Finanzamtes für Körperschaften I vom 20. Oktober 2014 wurde festgestellt, dass die Satzung der Gesellschaft in der Fassung vom 22. Dezember 2009 die satzungsmäßigen Voraussetzungen für die Steuerbegünstigung gem. §§ 51, 59, 60 und 61 AO erfüllt.

Die Gesellschaft verfolgt mit ihrem steuerbegünstigten Zweckbetrieben gemeinnützige Zwecke i. S. des § 52 AO.

Die tatsächliche Geschäftsführung der Gesellschaft ist auf die ausschließliche und unmittelbare Erfüllung der steuerbegünstigten, satzungsgemäßen Zwecke gerichtet. Der Nachweis hierüber wird durch das Rechnungswesen und die sonstigen Geschäftsunterlagen erbracht.

Die Aufgliederung der Gewinn- und Verlustrechnung nach den steuerlichen Sphären ist in der Anlage V dargestellt.

Die Gesellschaft hat, soweit dies erforderlich ist, ihre Mittel teilweise Rücklagen i. S. des § 62 AO zugeführt, die sie in die Lage versetzen, ihre steuerbegünstigten satzungsgemäßen Zwecke nachhaltig erfüllen zu können. Über die Entwicklung der Rücklagen und ihre Zweckbestimmung (Vorhaben gemäß Satzungszwecken bzw. periodisch wiederkehrende Ausgaben) geben die Erläuterungen zu dem Posten Rücklagen Auskunft.

Der Nachweis der Beachtung der Vorschriften zur zeitnahen Mittelverwendung (§ 55 Abs. 1 Nr. 5 AO) wird durch die dem Jahresabschluss beigefügte Mittelverwendungsrechnung (s. Anlage VI) geführt.

Zu den umsatzsteuerlichen Verhältnissen ist anzumerken:

Die Gesellschaft ist umsatzsteuerlich Organgesellschaft. Organträger ist der Alzheimer Angehörigen-Initiative e.V.

Zum unternehmerischen Bereich zählen die Zweckbetriebe. Die steuerbaren Umsätze sind nach § 4 Nr. 16, 18 und 28 UStG steuerfrei.

3. Wirtschaftliche Verhältnisse

3.1 Allgemeines

Die Gesellschaft ist im Bereich des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege tätig. Intention ist es, die Leiden von Menschen mit Demenz und der sie Betreuenden zu lindern und ihre Lebensqualität zu erhöhen. Dafür hat die Gesellschaft im Jahr 2019 folgende Einrichtungen und Angebote betrieben:

- Betreuungscafe (Gruppenbetreuung)
- Betreuungsgruppen (Gruppenbetreuung)
- Häusliche Entlastungsbetreuung (Einzelbetreuung)
- Betreuungsdienst mit hauswirtschaftlicher Versorgung
- Betreute Urlaube
- Tagespflege
- sonstige gemeinsame Aktivitäten

3.2 Vermögenslage

Die aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019 abgeleitete Darstellung der Vermögenslage der Gesellschaft lässt sich im Vergleich zum vorherigen Bilanzstichtag folgendermaßen darstellen:

	Bilanz zum 31.12.2019		Bilanz zum 31.12.2018		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%
AKTIVA						
Immaterielles Anlagevermögen	0,7	0,5	1,2	0,5	-0,5	-41,7
Sachanlagen	24,0	16,3	28,1	12,4	-4,1	-14,6
Ford. u. so. Vermögensgegenstände	93,2	63,1	108,5	47,8	-15,3	-14,1
Flüssige Mittel	27,8	18,8	88,6	39,0	-60,8	-68,6
Rechnungsabgrenzungsposten	1,7	1,2	0,7	0,3	1,0	142,9
Summe Aktiva	147,6	100,0	227,0	100,0	-79,4	-35,0

	Bilanz zum 31.12.2019		Bilanz zum 31.12.2018		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%
PASSIVA						
Eigenkapital	126,5	85,7	155,3	68,4	-28,8	-18,5
Rückstellungen	7,9	5,4	7,8	3,4	0,1	1,3
Lieferverbindlichkeiten	8,1	5,5	5,4	2,4	2,7	50,0
Sonstige Verbindlichkeiten	5,0	3,4	58,6	25,8	-53,6	-91,5
Summe Passiva	147,6	100,0	227,0	100,0	-79,4	-35,0

3.3 Ertragslage

Die Ertragslage hat sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt entwickelt:

	01.01. bis 31.12.2019		01.01. bis 31.12.2018		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%
Umsatzerlöse	951,1	100,0	821,8	100,0	129,3	15,7
+ sonst.betrieb!.Erträge	58,7	6,2	43,6	5,3	15,1	34,6
Zwischensumme	1.009,8	106,2	865,4	105,3	144,4	16,7
- Personalaufwand	690,8	72,6	600,3	73,0	90,5	15,1
- Abschreibungen	5,1	0,5	3,9	0,5	1,2	30,8
- sonst.betriebl.Aufwand	342,7	36,0	294,3	35,8	48,4	16,4
Ergebnis vor Steuern	-28,7	-3,0	-33,0	-4,0	4,3	13,0
Jahresergebnis	-28,7	-3,0	-33,0	-4,0	4,3	13,0

(Abweichungen bei den Summen können sich durch Rundungsdifferenzen ergeben.)

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2019 mit einem Jahresergebnis von Euro -28.727,35 (Vorjahr: Euro -33.036,38) ab.

Die Gewinn- und Verlustrechnung und die Kostenstellenrechnung geben die erforderlichen Auskünfte zu den steuerlichen Sphären einer Gesellschaft:

- Vermögensverwaltung
- einzelne Zweckbetriebe
- ggf. steuerpflichtige wirtschaftliche Geschäftsbetriebe.

Die Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 2019 ergibt ein Jahresergebnis in Höhe von Euro -28.727,35. Dieses Ergebnis ist auf folgende Einzelergebnisse zurückzuführen:

Ergebnis	2019 Euro	2018 Euro
Vermögensverwaltung	1,08	15,44
Zweckbetriebe	-28.728,43	-33.051,82
Jahresergebnis	-28.727,35	-33.036,38

D. Art und Umfang der Erstellungsarbeiten

Art, Umfang und Ergebnis der während meiner Auftragsdurchführung im Einzelnen vorgenommenen Erstellungs- und Plausibilitätsbeurteilungshandlungen habe ich, soweit sie nicht in diesem Erstellungsbericht dokumentiert sind, in meinen Arbeitspapieren festgehalten.

Der Auftrag zur Erstellung des Jahresabschlusses mit Beurteilungen der Plausibilität der vorgelegten Unterlagen erforderte neben den eigentlichen Erstellungstätigkeiten die Durchführung von Befragungen und analytischen Beurteilungen, die mit einer gewissen Sicherheit die Feststellung ermöglichen, dass keine Umstände bekannt wurden, die gegen die Ordnungsmäßigkeit der vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise in allen für den Jahresabschluss wesentlichen Belangen sprachen.

Weitergehende Beurteilungen von erhaltenen Auskünften und sonstigen Unterlagen wären nur dann erforderlich gewesen, wenn Grund zur Annahme bestanden hätte, dass diese Informationen wesentliche Fehler enthalten oder Hinweise auf falsche Auskünfte vorliegen.

Zur Beurteilung der Plausibilität der für die Erstellung des Jahresabschlusses vorgelegten Unterlagen bedurfte es folgender Maßnahmen:

- Befragung nach den angewandten Verfahren zur Erfassung und Verarbeitung von Geschäftsvorfällen im Rechnungswesen
- Befragung zu allen wesentlichen Abschlusssausagen
- analytische Beurteilungen der einzelnen Abschlusssausagen (Vergleiche mit Vorjahreszahlen, Kennzahlenvergleiche)
- Befragung nach Gesellschafter- bzw. Aufsichtsratsbeschlüssen mit Bedeutung für den Jahresabschluss
- Abgleichung des Gesamteindrucks des Jahresabschlusses mit den im Verlauf der Erstellung erlangten Informationen

Der Umfang der vorgenommenen Plausibilitätsbeurteilungen wurde *vom* Grad der Wesentlichkeit und *vom* Fehlerrisiko der betreffenden Abschlusssausage bestimmt.

Die Befragungen waren im Wesentlichen darauf ausgerichtet, die für die Auftragsdurchführung erforderlichen rechnungslegungsbezogenen internen Prozesse zu verstehen. Eigenständige Aufbau- und Funktionsbeurteilungen wurden dabei jedoch nicht vorgenommen.

E. Erläuterungen zu den Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

1. Erläuterungen zur Bilanz

AKTIVA

A. Anlagevermögen

Eine von den Anschaffungs- und Herstellungskosten ausgehende Darstellung der Entwicklung der einzelnen Bilanzposten des Anlagevermögens enthält der Anlagenspiegel im Anhang zum Jahresabschluss (Anlage IV).

1. Immaterielle Vermögensgegenstände

1. Software

Euro 715,00
(31.12.2018: Euro 1.167,00)

	Stand 01.01.2019	Zugänge 2019	Abgänge 2019	Abschreibungen 2019	Stand 31.12.2019
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
EDV-Software	1.167 00	000	0 00	-452,00	715 00
	<u>1.167 00</u>	<u>000</u>	<u>0 00</u>	<u>-452 00</u>	<u>715 00</u>

**Summe immaterielle
Vermögensgegenstände**

Euro 715,00
(31.12.2018: Euro 1.167,00)

II. Sachanlagen

Die Sachanlagen sind in einer mittels EDV geführten Anlagenbuchhaltung erfasst, die sämtliche notwendigen Angaben für die einzelnen Anlagegegenstände enthält.

1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung

Euro 24.033,00
 (31.12.2018: Euro 28.088,00)

Zu diesem Bilanzposten werden folgende Erläuterungen gegeben:

	Stand 01.01.2019	Zugänge 2019	Abgänge 2019	Abschreibungen 2019	Stand 31.12.2019
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
Einrichtung und Ausstattung in Wohnbauten	13.284,00	0,00	0,00	-1.387,00	11.897,00
Einbauten	4.784,00	0,00	0,00	-509,00	4.275,00
Sammelposten GWG	10.020 00	550 85	0,00	-2.709 85	7.861 00
	28.088 00	550 85	0 00	-4.605 85	24.033 00

Summe Sachanlagen

Euro 24.033,00
 (31.12.2018: Euro 28.088,00)

Summe Anlagevermögen

Euro 24.748,00
 (31.12.2018: Euro 29.255,00)

B. Umlaufvermögen

1. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

(31.12.2018: **Euro 91.968,50**
Euro 101.490,38)

	<u>31.12.2019</u> Euro	<u>31.12.2018</u> Euro
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	94.028,50	102.449,38
Einzelwertberichtigungen zu Forderungen	-1.280,00	-169,00
Pauschalwertberichtigungen zu Forderungen	<u>-780 00</u>	<u>-790 00</u>
	<u>91.968,50</u>	<u>101.490,38</u>

2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

(31.12.2018: **Euro 979,45**
Euro 6.707,70)

	<u>31.12.2019</u> Euro	<u>31.12.2018</u> Euro
Forderungen gegen AAi e.V.	1.579,45	6.857,70
Verbindlichkeiten gegen AAi e.V.	<u>-600 00</u>	<u>-150 00</u>
	<u>979,45</u>	<u>6.707,70</u>

3. Sonstige Vermögensgegenstände

(31.12.2018: **Euro 285,00**
Euro 265,00)

	<u>31.12.2019</u> Euro	<u>31.12.2018</u> Euro
Forderungen gegen Personal	0,00	150,00
Kautionen (Forderungen)	135,00	115,00
Verbindlichkeiten aus Lohn- und Gehalt	<u>150 00</u>	<u>0 00</u>
	<u>285,00</u>	<u>265 00</u>

**II. Kassenbestand und
Guthaben bei Kreditinstituten**

	Euro	27.831,44
	(31.12.2018: Euro	88.586,20)
	31.12.2019	31.12.2018
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Kasse	183,20	365,14
Kasse Tagespflege	151,20	26,57
Bank für Sozialwirtschaft 1156400	21.496,31	32.046,46
Bank für Sozialwirtschaft 1156455	0,00	50.147,63
Bank für Sozialwirtschaft 1156456	<u>6.000 73</u>	<u>6.000 40</u>
	<u>27.831,44</u>	<u>88.586,20</u>

Der Kassenbestand laut Kassenbuch stimmt mit dem Bilanzansatz überein.

Die ausgewiesenen Guthabensalden stimmen - unter Berücksichtigung zeitlicher Buchungsdifferenzen - mit den Rechnungsabschlüssen der Institute zum Bilanzstichtag überein.

C. Rechnungsabgrenzungsposten

	Euro	1.739,18
	(31.12.2018: Euro	727,84)
	31.12.2019	31.12.2018
	Euro	<u>Euro</u>
Aktive Rechnungsabgrenzung	1.739 18	<u>727 84</u>
	<u>1.739,18</u>	<u>727 84</u>

Summe Aktiva

Euro **147.551,57**
(31.12.2018: Euro 227.032,12)

PASSIVA

A. Eigenkapital

1. Gezeichnetes Kapital

	Euro <u>25.000,00</u>
(31.12.2018: Euro	25.000,00)
	31.12.2019
	Euro
Gezeichnetes Kapital	<u>25.000,00</u>
	31.12.2018
	Euro
	<u>25.000,00</u>

II. Gewinnrücklagen

1. Andere Gewinnrücklagen

	Euro <u>120.074,58</u>
(31.12.2018: Euro	130.258,83)
	31.12.2019
	Euro
Freie Rücklagen	7.691,09
Nutzungsgebundenes Kapital	0,00
Wiederbeschaffungsrücklage	0,00
Rücklage in das Vermögen nach § 62 Abs. 3 Nr. 2 AO	112.383,49
Betriebsmittelrücklage	<u>0,00</u>
	31.12.2018
	Euro
	7.691,09
	515,00
	2.420,30
	112.383,49
	<u>7.248,95</u>
	<u>120.074,58</u>
	<u>130.258,83</u>

Freie Rücklage

Stand	Einstellung	Entnahme	Stand
01.01.2019	2019	2019	31.12.2019
Euro	Euro	Euro	Euro
7.691,09	0,00	0,00	7.691,09

Nutzungsgebundenes Kapital

Zweckgebundene Vermögenswerte

	Buchwert 31.12.2019
	Euro
Software	715,00
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	24.033,00
Summe Vermögenswerte	24.748,00
- Erhaltene Zuschüsse zu Investitionen (Buchwert Sonderposten)	0,00
Maximale Höhe des Nutzungsgebundenen Kapitals	24.748,00

Entwicklung Nutzungsgebundenes Kapital

Stand	Einstellung	Entnahme	Stand
01.01.2019	2019	2019	31.12.2019
Euro	Euro	Euro	Euro
515,00	0,00	-515,00	0,00

Eine gemeinnützige Körperschaft darf Mittel nur für satzungsgemäße Zwecke verwenden (§ 55 Abs. 1 Nr. 1 AO). Sämtliche Vermögenswerte der Körperschaft, die zur Erfüllung der Satzungszwecke geeignet sind, sind als "Mittel" anzusehen. Sie stehen dafür aber nicht uneingeschränkt zur Verfügung. Soweit die Körperschaft z. B. zur Schuldentilgung erforderliches Vermögen zurückbehalten muss, kann sie ihre Mittel nicht oder nicht zeitnah für Satzungszwecke verwenden. Die Verwendungspflicht nach § 55 Abs. 1 AO setzt die tatsächliche und rechtliche Möglichkeit der Mittelverwendung voraus.

Die gemeinnützige Körperschaft hat den Nachweis, dass ihre tatsächliche Geschäftsführung auf die ausschließliche Erfüllung der steuerbegünstigten Zwecke gerichtet ist, durch ordnungsgemäße Aufzeichnungen über ihre Einnahmen und Ausgaben zu führen (§ 63 Abs. 3 AO). Daraus folgt, dass die Ordnungsmäßigkeit der Mittelverwendung nach dem Zu- und Abflussprinzip zu beurteilen ist. Die vorbezeichneten Grundsätze gelten auch dann, wenn die gemeinnützige Körperschaft Bücher führt und ihren Jahresüberschuss nach den Goß ermittelt.

Die Verwendungspflicht bezieht sich auf alle nicht gebundenen (freien) Mittel der Körperschaft. Eine gemeinnützige Körperschaft darf ihre zeitnah zu verwendenden Mittel nicht im Rahmen eines wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes einsetzen. Es steht ihr jedoch frei, damit Investitionen zu finanzieren, die für die Erfüllung ihrer gemeinnützigen Zwecke erforderlich sind. Durch den Erwerb der notwendigen Gebäude und Ausstattungen und für die weiteren im Geschäftsjahr neu geschaffenen Wirtschaftsgüter hat die Gesellschaft insoweit Mittel für satzungsgemäße Zwecke aufgewendet.

Das Nutzungsgebundene Kapital weist die Buchwerte der für satzungsgemäße steuerbegünstigte Zwecke verwendeten Vermögenswerte aus, soweit diese durch Eigenkapital der Körperschaft finanziert sind (§ 55 Abs. 1 Nr. 5 S. 2 AO).

Wiederbeschaffungsrücklage

Kumulierte Abschreibungen für zweckgebundene Vermögenswerte

	kumulierte Abschreibungen 31.12.2019
	Euro
Software	640,41
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	9.207 24
Maximale Höhe der Wiederbeschaffungsrücklage	9.847 65

Entwicklung Wiederbeschaffungsrücklage

Stand	Einstellung	Entnahme	Stand
01.01.2019	2019	2019	31.12.2019
Euro	Euro	Euro	Euro
2.420,30	0,00	-2.420,30	0,00

Die Körperschaft stellt die zur Wiederbeschaffung von Vermögenswerten, die satzungsgemäßen steuerbegünstigten Zwecke dienen, erforderlichen Mittel in eine Wiederbeschaffungsrücklage (§ 62 Abs. 1 Nr. 2 AO). Die Rücklage wird maximal bis zur Höhe der zum Bilanzstichtag aufgelaufenen (kumulierten) Abschreibungen gebildet.

Rücklage in das Vermögen nach § 62 Abs. 3 Nr. 2 AO

Stand	Einstellung	Entnahme	Stand
01.01.2019	2019	2019	31.12.2019
Euro	Euro	Euro	Euro
112.383,49	0,00	0,00	112.383,49

Ausgewiesen sind in dieser Rücklage die Einnahmen aus Zuwendungen aus den Jahren 2012, 2014 und 2015. Es handelt sich hierbei um eine Rücklage i.S.d. § 62 Abs. 3 Nr. 2 AO.

Betriebsmittelrücklage

Stand	Einstellung	Entnahme	Stand
01.01.2019	2019	2019	31.12.2019
Euro	Euro	Euro	Euro
7.248,95	0,00	-7.248,95	0,00

Die Betriebsmittelrücklage im Sinne des AEAO zu § 62 Abs. 1 Nr. 1 AO dient für periodisch wiederkehrende Ausgaben wie Löhne, Gehälter, Mieten für eine angemessene Zeitperiode.

III. Bilanzverlust

	Euro -18.543,10	
	(31.12.2018: Euro 0,00)	
	31.12.2019	31.12.2018
	Euro	<u>Euro</u>
Bilanzverlust	-18.543,10	0,00
	<u>-18.543,10</u>	<u>0,00</u>

B. Rückstellungen

1. Sonstige Rückstellungen

Euro 7.900,00
(31.12.2018: Euro 7.750,00)

Die sonstigen Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

	01.01.2019	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	31.12.2019
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
Urlaub	250,00	-250,00	0,00	0,00	0,00
Berufsgenossenschaft	3.500,00	-3.500,00	0,00	3.900,00	3.900,00
Jahresabschlusskosten	4.000 00	-4.000 00	0,00	4.000 00	4.000 00
	7.750 00	-7.750 00	000	7.900 00	7.900 00

C. Verbindlichkeiten

1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Euro 8.099,12
(31.12.2018: Euro 5.380,95)

	31.12.2019	31.12.2018
	Euro	Euro
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	<u>8.099 12</u>	<u>5.380,95</u>
	<u>8.099,12</u>	<u>5.380,95</u>

2. Sonstige Verbindlichkeiten

Euro 5.020,97
(31.12.2018: Euro 58.642,34)

	31.12.2019	31.12.2018
	Euro	Euro
Forderungen aus Lief. u. Leist.	549,92	763,22
Sonstige Verbindlichkeiten	367,00	582,50
Verbindlichkeiten Darlehen	0,00	50.000,00
Verbindlichkeiten Lohn- und Kirchensteuer	0,00	3.559,87
Verbindlichkeiten gegen ehrenamtlich Tätige	4.104 05	<u>3.736 75</u>
	<u>5.020,97</u>	<u>58.941,54</u>

Summe Passiva

Euro 147.551,57
(31.12.2018: Euro 227.032, 12)

2. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gesellschaft erstellt die Gewinn- und Verlustrechnung in Staffelform nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB.

1. Umsatzerlöse

	<u>Euro 951.114,16</u>	
	(2018: Euro 821.847,59)	
	<u>2019</u>	<u>2018</u>
	Euro	Euro
Erlöse aus aktivierender Einzelbetreuung	251.108,90	274.509,00
Erlöse aus Gruppenbetreuung	102.612,25	100.145,50
Erlöse Krankengruppen	2.230,00	1.310,00
Erlöse aus Betreuung nach §125 SGB XI	62.276,62	53.249,25
Erlöse Schulungseinsätze §45 SGB XI	540,00	0,00
Erlöse aus Beratungspflichtbesuchen	1.655,00	0,00
Erlöse sonstige Gruppen	350,00	490,00
Erlöse Betreute Urlaube	196.982,00	165.288,00
Erlöse Ausflüge	2.010,45	2.934,30
Zuwendungen Begrus	155.818,88	200.310,18
Erlöse Tagespflege	<u>175.530,06</u>	<u>23.611,36</u>
	<u>951.114,16</u>	<u>821.847,59</u>

Erlöse Tagespflege

Erlöse Tagespflege, Pflegegrad 2	0,00	2.144,69
Erlöse Tagespflege, Pflegegrad 3	0,00	5.474,66
Erlöse Tagespflege, Pflegegrad 4	0,00	4.994,34
Erlöse Tagespflege, Pflegegrad 5	0,00	1.872,53
Erträge aus teilst. Pflegeleistungen - Pflegegrad 2 Pflegekasse	28.857,67	0,00
Erträge aus teilst. Pflegeleistungen - Pflegegrad 2 Selbstzahler	2.547,33	0,00
Erträge aus teilst. Pflegeleistungen - Pflegegrad 3 Pflegekasse	42.149,51	0,00
Erträge aus teilst. Pflegeleistungen - Pflegegrad 3 Selbstzahler	2.833,75	0,00
Erträge aus teilst. Pflegeleistungen - Pflegegrad 4 Pflegekasse	26.188,27	0,00
Erträge aus teilst. Pflegeleistungen - Pflegegrad 5 Pflegekasse	6.134,15	0,00
Erträge aus teilst. Pflegeleistungen - § 43b SGB XI Pflegekasse	10.993,40	568,48
Erträge aus teilstationären Pflegeleistungen - Unterkunft	11.554,89	1.529,98
Erträge aus teilstationären Pflegeleistungen - Verpflegung	7.762,30	1.032,85
Erträge aus teilstationären Pflegeleistungen - Transportleistungen	18.849,92	3.193,69
Ertr.a.gesond. Berechn. v.Investitionsaufw. geg.Pflegebed. - teilst.	<u>17.658,87</u>	<u>2.800,14</u>
	<u>175.530,06</u>	<u>23.611,36</u>

**2. Sonstige betriebliche
Erträge**

	Euro	58.684,37
	(2018: Euro	43.586,89)
	<u>2019</u>	<u>2018</u>
	Euro	Euro
Spenden und ähnliche Zuwendungen	2.353,00	920,00
Zweisungen u. Zuschüsse f. teilstationäre Pflegeleistg.	7.154,00	0,00
Zuwendung AAi e.V.	15.000,00	20.000,00
Erstattungen Aufwendungsausgleichsgesetz/	19.005,44	8.689,72
Erträge aus Verwaltungskostenumlagen	12.000,00	12.000,00
Erträge Auflösung von Rückstellungen	0,00	460,65
Erträge Herabsetzung PWB	10,00	0,00
Erträge Herabsetzung EWB	48,00	193,00
Sonstige Erträge unregelmäßig	579,74	548,02
Periodenfremde Erträge	<u>2.534,19</u>	<u>775 50</u>
	<u>58.684,37</u>	<u>43.586,89</u>

3. Personalaufwand**a) Löhne und Gehälter**

Euro 560.594,11
(2018: Euro 489.800,58)

Im Berichtszeitraum ergaben sich folgende Löhne und Gehälter:

	<u>2019</u>	<u>2018</u>
	Euro	Euro
Löhne u. Gehälter - Leitung Pflegeeinrichtung	88.930,84	0,00
Löhne u. Gehälter - Pflegedienst	61.598,30	0,00
Löhne u. Gehälter Betreuungsdienst	280.964,47	0,00
Löhne u. Gehälter Verwaltungsdienst	96.616,64	0,00
Sachzuwendungen und Dienstleistungen	4.209,18	0,00
Freiwillige soziale Aufwendungen, lohnstpfl.	960,00	0,00
Aushilfslöhne Pflegedienst	200,00	0,00
Aushilfslöhne Betreuungsdienst	3.900,00	0,00
Aushilfslöhne Verwaltungsdienst	1.500,00	0,00
Löhne und Gehälter	0,00	483.128,22
Freiwillige soziale Aufwendung. LSt-pfl.	0,00	1.040,00
Fahrtkostenerstatt. Whg./Arbeitsstätte	0,00	4.329,70
Pauschale Steuer auf sonstige Bezüge	0,00	704,80
Pauschale Steuern für Aushilfen	0,00	597,86
Löhne für Minijobs	25.406,84	0,00
Pauschale Steuern für Minijobber	613,44	0,00
Zuschüsse der Agenturen für Arbeit	<u>-4.305 60</u>	<u>0 00</u>
	<u>560.594,11</u>	<u>489.800,58</u>

**b) Soziale Abgaben und
Aufwendungen für
Altersversorgung und
für Unterstützung****Euro 130.187,65**
(2018: Euro 110.479,44)

Der Posten Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung setzt sich wie folgt zusammen:

	2019 Euro	2018 Euro
Gesetzliche Sozialabgaben - Leitung	19.588,86	0,00
Gesetzliche soziale Aufwendungen - Pflegedienst	13.895,08	0,00
Gesetzliche soziale Aufwendungen - Betreuungsdienst	64.773,75	0,00
Gesetzliche soziale Aufwendungen - Verwaltung	20.968,29	0,00
Gesetzliche Sozialaufwendungen	0,00	106.979,44
Soziale Abgaben Minijobber	7.061,67	0,00
Beiträge zur Berufsgenossenschaft	3.900 00	<u>3.500,00</u>
	<u>130.187,65</u>	<u>110.479 44</u>

4. Abschreibungen**a) auf immaterielle Vermögens-
gegenstände des Anlage-
vermögens und Sachanlagen****Euro 5.057,85**
(2018: Euro 3.868,07)

	2019 Euro	2018 <u>Euro</u>
Abschreibungen auf immaterielle Vermögen	452,00	188,41
Abschreibungen auf Sachanlagen	1.896,00	874,99
Abschreibungen auf den Sammelposten GWG	<u>2.709,85</u>	<u>2.804,67</u>
	<u>5.057,85</u>	<u>3.868,07</u>

**5. Sonstige betriebliche
Aufwendungen****Euro 342.687,35**

(2018: Euro 294.338,21)

	<u>2019</u> Euro	<u>2018</u> Euro
Raumkosten	75.156,85	51.216,21
Betriebskosten	229.375,29	202.221,78
Verwaltungskosten	27.535,00	29.350,78
Werbe- und Reisekosten	8.668,05	11.280,44
Übrige Kosten	<u>1.952,16</u>	<u>269,00</u>
	<u>342.687,35</u>	<u>294.338,21</u>

Raumkosten

Strom	1.368,79	1.463,00
Fremdreinigung Haus- und Fensterreinigung	9.837,98	4.025,33
Miete Geschäftsstelle	9.447,60	9.447,60
Miete Tagespflege Hauptstraße 29	40.116,48	23.401,28
Nutzungsentgelte Begrus	<u>14.386,00</u>	<u>12.879,00</u>
	<u>75.156,85</u>	<u>51.216,21</u>

Betriebskosten

Lebensmittel	3.758,22	841,50
Getränke	147,01	49,33
Vorschuss Essensgeld Begru	7.166,00	6.949,00
Hygienematerial	789,91	1.315,62
Klein-Instrumentarium Pflegebereich	20,00	39,98
Aufwendungen Patientenfürsprecher	360,00	0,00
Kulturelle Betreuung	202,30	0,00
Hotelkosten Betreute Urlaube	126.173,60	108.301,90
Freizeitgestaltung/Ausflüge/Ferienaufenthalte	330,00	0,00
Reisekosten für Ausflüge/Ferienaufenthalte	14.872,91	13.687,84
Gruppenaktivitäten Begrus	180,00	347,60
Beschäftigungstherapie	1.187,16	466,48
Hausverbrauch Material	221,81	257,96
Hausschmuck	31,97	0,00
Ersatz Geschirr	12,60	0,00
Hausverbrauch Reinigung	0,75	0,00
Wäschereinigung und Pflege	2,55	0,00
Sonstiger Wirtschaftsbedarf	124,44	9.212,40
Aufwend.zentrale Beförderungsdienste	20.895,45	3.339,00
Aufwandsentschädigungen	<u>52.898,61</u>	57.413 17
	<u>229.375,29</u>	<u>202.221,28</u>

Verwaltungskosten

Supervision	0,00	1.600,00
Büromaterial	2.747,54	3.245,20
Porto	2.218,03	1.846,50
Telefon, Telefax, Mobilfunk, Internet	1.867,42	1.503,41
Zeitschriften, Bücher (Fachliteratur)	599,31	647,26
Rundfunk- und Fernsehgebühren	69,96	69,96
Nebenkosten des Geldverkehrs	534,86	556,32
Lohnservice	5.390,54	5.167,71
Fremdleistungen und Fremdarbeiten	0,00	695,20
Rechtskosten	318,48	50,00
Beratungskosten	386,75	0,00
Abschluss- und Prüfungskosten	4.000,00	4.000,00
Fortbildungskosten	3.018,55	3.312,15
Personalbeschaffungskosten	70,00	62,00
Beiträge an Verbände und Organisationen	408,00	336,00
Versicherungen (ohne Kfz-Versicherung)	2.185,92	2.008,72
Aufwendungen für Abraum- und Abfallbeseitigung	141,03	108,29
Instandhaltung und Instandsetzung BGA	626,65	351,06
Wartungskosten Hard- und Software	<u>2.951,96</u>	<u>3.791,00</u>
	<u>27.535,00</u>	<u>29.350,78</u>

Werbe- und Reisekosten

Werbekosten	3.842,93	5.425,14
Repräsentationskosten	199,90	0,00
Aufmerksamkeiten	4.378,09	5.628,09
Reisekosten Arbeitnehmer Fahrtkosten	247 13	<u>227,21</u>
	<u>8868,05</u>	<u>11.280,44</u>

Übrige Kosten

Forderungsverluste (übliche Höhe)	0,00	3,00
Einstellung in die PWB auf Forderungen	0,00	95,00
Einstellung in die EWB auf Forderungen	1.280,00	121,00
Periodenfremde Aufwendungen	<u>672,16</u>	<u>50,00</u>
	<u>1.952,16</u>	<u>269,00</u>

6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

	Euro	<u>1.08</u>
(2018: Euro		15,44)
	2019	2018
	Euro	<u>Euro</u>
Sonstige Zinserträge	1 08	<u>15 44</u>
	<u>1.08</u>	<u>15 44</u>

7. Ergebnis nach Steuern

	Euro	<u>-28.727,35</u>
(2018: Euro		-33.036,38)

8. Jahresfehlbetrag

	Euro	<u>28.727,35</u>
(2018: Euro		33.036,38)
	2019	2018
	Euro	<u>Euro</u>
Jahresfehlbetrag	<u>28.727,35</u>	<u>33.036,38</u>
	<u>28.727,35</u>	<u>33.036,38</u>

9. Entnahmen aus Gewinnrücklagen

a) Aus anderen Gewinnrücklagen

	Euro	<u>10.184,25</u>
(2018: Euro		33.036,38)
	2019	2018
	Euro	<u>Euro</u>
Entnahmen andere Gewinnrücklagen	10.18425	<u>33.036,38</u>
	<u>10.184,25</u>	<u>33.036,38</u>

10. Bilanzverlust

	Euro	<u>18.543,10</u>
(2018: Euro		0,00)
	2019	2018
	Euro	<u>Euro</u>
Bilanzverlust	<u>18.543,10</u>	<u>0 00</u>
	<u>18.543,10</u>	<u>0 00</u>

F. Ergebnis der Arbeiten und Bescheinigung

Nach dem Ergebnis meiner Erstellung erteile ich dem als Anlagen I bis IV beigefügten Jahresabschluss der Alzheimer Angehörigen-Initiative gemeinnützige GmbH, Berlin, zum 31. Dezember 2019 die folgende Bescheinigung:

An die Alzheimer Angehörigen-Initiative gemeinnützige GmbH

Ich habe auftragsgemäß den nachstehenden Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - der Alzheimer Angehörigen-Initiative gemeinnützige GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2019 unter Beachtung der deutschen handelsrechtlichen Vorschriften erstellt.

Grundlage für die Erstellung waren die mir vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise die ich auftragsgemäß nicht geprüft, wohl aber auf Plausibilität beurteilt habe, sowie die mir erteilten Auskünfte.

Die Buchführung sowie die Aufstellung des Inventars und des Jahresabschlusses nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft.

Ich habe meinen Auftrag unter Beachtung des IDW Standards: Grundsätze für die Erstellung von Jahresabschlüssen (IDW S 7) durchgeführt. Dieser umfasst die Entwicklung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung sowie des Anhangs auf Grundlage der Buchführung und des Inventars sowie der Vorgaben zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Zur Beurteilung der Plausibilität der mir vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise habe ich Befragungen und analytische Beurteilungen vorgenommen, um mit einer gewissen Sicherheit auszuschließen, dass diese nicht ordnungsgemäß sind. Hierbei sind mir keine Umstände bekannt geworden, die gegen die Ordnungsmäßigkeit der mir vorgelegten Unterlagen und des auf dieser Grundlage von mir erstellten Jahresabschlusses sprechen.

Berlin, 11. Juni 2020

k_

Diplom -Kaufmann
Andreas Vollmer
Wirtschaftsprüfer
Steuerberater

ANLAGEN

Alzheimer Angehörigen-Initiative gemeinnützige GmbH
Berlin

Bilanz zum 31. Dezember 2019

AKTIVA**PASSIVA**

	31.12.2019 Euro	31.12.2018 Euro		31.12.2019 Euro	31.12.2018 Euro
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
1. Immaterielle Vermögensgegenstände			1. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
1. Software	715,00	1.167,00	11. Gewinnrücklagen		
II. Sachanlagen			1. Andere Gewinnrücklagen	120.074,58	130.258,83
1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	24.033,00	28.088,00	III. Bilanzverlust	18.543,10-	0,00
B. Umlaufvermögen			B. Rückstellungen		
1. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			1. Sonstige Rückstellungen	7.900,00	7.750,00
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	91.968,50	101.490,38	C. Verbindlichkeiten		
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	979,45	6.707,70	1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	8.099,12	5.380,95
3. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>285,00</u>	<u>265,00</u>	2. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>5.020,97</u>	<u>58.642,34</u>
	93.232,95	108.463,08		13.120,09	<u>64.023,29</u>
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	27.831,44	88.586,20			
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.739,18	727,84			
	<u>147.551,57</u>	<u>227.032,12</u>		<u>147.551,57</u>	<u>227.032,12</u>

Alzheimer Angehörigen-Initiative gemeinnützige GmbH

Berlin

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2019

	2019 Euro	2018 Euro
1. Umsatzerlöse	951.114,16	821.847,59
2. Sonstige betriebliche Erträge	58.684,37	43.586,89
3. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	560.594,11	489.800,58
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	130.187,65	110.479,44
	<hr/> 690.781,76	<hr/> 600.280,02
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	5.057,85	3.868,07
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	342.687,35	294.338,21
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1,08	15,44
7. Ergebnis nach Steuern	<hr/> 28.727,35-	<hr/> 33.036,38-
8. Jahresfehlbetrag	28.727,35	33.036,38
9. Entnahmen aus Gewinnrücklagen Aus anderen Gewinnrücklagen	10.184,25	33.036,38
10. Bilanzverlust	<hr/> 18.543,10	<hr/> 0,00

Alzheimer Angehörigen-Initiative gGmbH
Berlin

Anhang für das Geschäftsjahr 2019

1. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss der Alzheimer Angehörigen-Initiative gemeinnützige GmbH mit Sitz in Berlin wurde auf der Grundlage der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des Handelsgesetzbuches und der sie ergänzenden Vorschriften des Gesellschaftsvertrages aufgestellt. Ergänzend zu diesen Vorschriften wurden die Regelungen des GmbH-Gesetzes beachtet.

Die Gesellschaft wird beim Amtsgericht Berlin (Charlottenburg) im Handelsregister unter der Registernummer 124201 geführt.

Angaben, die wahlweise in der Bilanz oder im Anhang gemacht werden können, sind insgesamt im Anhang dargestellt.

Die Gesellschaft ist eine kleine Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 1 HGB.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die immateriellen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und das Sachanlagevermögen wurden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt und, soweit abnutzbar, um planmäßige Abschreibungen vermindert. Die planmäßigen Abschreibungen wurden nach der voraussichtlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände linear vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter wurden in einem Sammelposten zusammengefasst und über einen Zeitraum von fünf Jahren linear abgeschrieben.

Die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert angesetzt und unter Berücksichtigung aller erkennbarer Risiken bewertet.

Kassenbestände und Bankguthaben wurden mit dem Nominalwert angesetzt.

Die sonstigen Rückstellungen wurden für alle weiteren ungewissen Verbindlichkeiten gebildet und in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Dabei wurden alle erkennbaren Risiken berücksichtigt.

Verbindlichkeiten wurden mit dem Erfüllungsbetrag passiviert.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren erstellt.

Alzheimer Angehörigen-Initiative gGmbH
Berlin

3. Erläuterungen zur Bilanz

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist in der Anlage zum Anhang dargestellt.

Die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände enthalten Forderungen gegenüber Gesellschaftern in Höhe von 979,45 Euro (Vorjahr: 6.707,70 Euro).

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände enthalten keine Forderungen mit Restlaufzeiten von über einem Jahr.

Sämtliche Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von unter einem Jahr.

4. Sonstige Angaben

Anzahl der Mitarbeiter

Die durchschnittliche Anzahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter beträgt 30 (Vorjahr: 29).

Berlin, 11. Juni 2020

(Sascha Hannemann)

Alzheimer Angehörigen-Initiative gemeinnützige GmbH
Berlin

Entwicklung des Anlagevermögens 2019

	Anschaffungskosten/Herstellungskosten				Abschreibungen				Buchwerte	
	Stand 01.01.2019	Zugänge	Abgänge	Stand 31.12.2019	Stand 01.01.2019	Geschäftsjahr	Abgänge	Stand 31.12.2019	Stand 31.12.2019	Stand 31.12.2018
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
Anlagevermögen										
I. Immaterielle Vermögensgegenstände										
Software	1.35541	0 00	000	1.35541	188 41	452 00	0 00	640 41	715 00	1.16700
Summe immaterielle Vermögensgegenstände	1.355,41	0,00	0,00	1.355,41	188,41	452,00	0,00	640,41	715,00	1.167,00
II. Sachanlagen										
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	33.16339	550 85	474 00	33.240 24	5.075 39	4.605 85	474 00	9.207 24	24.033 00	28.088 00
Summe Sachanlagen	33.163,39	550,85	474,00	33.240,24	5.075,39	4.605,85	474,00	9.207,24	24.033,00	28.088,00
Summe Anlagevermögen	34.518,80	550,85	474,00	34.595,65	5.263,80	5.057,85	474,00	9.847,65	24.748,00	29.255,00

Alzheimer Angehörigen-Initiative gemeinnützige GmbH

Berlin

Gewinn- und Verlustrechnung nach steuerlichen Sphären 2019

	Vermögens- verwaltung	Zweck- betriebe	Summe
	Euro	Euro	Euro
1. Umsatzerlöse	0,00	951.114,16	951.114,16
2. Sonstige betriebliche Erträge	0,00	58.684,37	58.684,37
3. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	0,00	-560.594,11	-560.594,11
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	0,00	-130.187,65	-130.187,65
4. Abschreibungen			
auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	0,00	-5.057,85	-5.057,85
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	0,00	-342.687,35	-342.687,35
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1,08	0 00	1,08
7. Ergebnis nach Steuern	1,08	-28.728 43	-28.727 35
8. Jahresfehlbetrag	1 08	-28.728 43	-28.727 35

Alzheimer Angehörigen-Initiative gemeinnützige GmbH
Berlin

Mittelverwendungsrechnung 2019

	Bilanzwert	für steuer- begünstigte Zwecke verwendet
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Immaterielle Vermögensgegenstände	715,00	715,00
Sachanlagen	<u>24.033,00</u>	<u>24.033 00</u>
Zwischensumme	24.748,00	24.748,00
Bank, Kasse	27.831,44	
Forderungen	93.232,95	
Summe (Gesamtbetrag der Vermögenswerte)	<u>145.812 39</u>	
	<u>Euro</u>	
Gesamtbetrag der Vermögenswerte	145.812,39	
- Verbindlichkeiten	-13.120,09	
- Rückstellungen	<u>-7.900 00</u>	
Gesamtbetrag der Mittel	124.792,30	
- Nutzungsgebundenes Vermögen	<u>-24.748 00</u>	
Betrag der zu verwendenden Mittel	100.044,30	
- nicht zeitnah zu verwendende Mittel (gezeichnetes Kapital)	-25.000,00	
- Rücklagen		
Freie Rücklage	-7.691,09	
Rücklage in das Vermögen § 62 Abs. 3 AO	-112.383,49	
Wiederbeschaffungsrücklage	0,00	
Betriebsmittelrücklage	<u>000</u>	
Verwendungsüberhang	<u>-45.030 28</u>	

Alzheimer Angehörigen-Initiative gemeinnützige GmbH

Berlin

Kontennachweis zur Bilanz

AKTIVA

Konto	Bezeichnung	31.12.2019 Euro	31.12.2018 Euro
	Software		
0806	EDV-Software	715,00	1.167,00
	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		
0610	Einrichtung und Ausstattung in Wohnbauten	11.897,00	13.284,00
0611	Einbauten	4.275,00	4.784,00
0645	Wirtschaftsgüter (Sammelposten)	41,00	176,00
0646	GWG Sammelposten Tagespflege	<u>7.820,00</u>	<u>9.844,00</u>
		24.033,00	28.088,00
	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		
1100	Forderungen aus Lief. u. Leist.	78.784,70	80.012,32
1147	Forderungen gegen Übrige ohne Kontokorre	15.243,80	22.437,06
1180	Einzelwertberichtigungen zu Forderungen	1.280,00-	169,00-
1182	Pauschalwertberichtigungen zu Forderungen	<u>780,00-</u>	<u>790,00-</u>
		91.968,50	101.490,38
	Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
1148	Forderungen gegen AAi e.V.	1.579,45	6.857,70
3033	Verbindlichkeiten gegen AAi e.V.	<u>600,00-</u>	150,00-
		979,45	6.707,70
	Sonstige Vermögensgegenstände		
1149	Kautionen (Forderungen)	135,00	115,00
1663	Forderungen gegen Personal	0,00	150,00
3500	Verbindlichkeiten aus Lohn- und Gehalt	<u>150,00</u>	<u>0,00</u>
		285,00	265,00
	Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		
1220	Kasse	183,20	365,14
1221	Kasse Tagespflege	151,20	26,57
1260	Bank für Sozialwirtschaft 1156400	21.496,31	32.046,46
1261	Bank für Sozialwirtschaft 1156455	0,00	50.147,63
1262	Bank für Sozialwirtschaft 1156456	<u>6.000,73</u>	<u>6.000,40</u>
		27.831,44	88.586,20
	Rechnungsabgrenzungsposten		
1800	Aktive Rechnungsabgrenzung	1.739,18	727,84
		<hr/>	<hr/>
	Summe Aktiva	147.551,57	227.032,12
		<hr/>	<hr/>

Alzheimer Angehörigen-Initiative gemeinnützige GmbH

Berlin

Kontennachweis zur Bilanz

PASSIVA

Konto	Bezeichnung	31.12.2019 Euro	31.12.2018 Euro
	Gezeichnetes Kapital		
2200	Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
	Andere Gewinnrücklagen		
2326	Freie Rücklagen	7.691,09	7.691,09
2327	Rücklage in das Vermögen nach § 62 Abs. 3 Nr. 2AO	112.383,49	112.383,49
2328	Betriebsmittelrücklage	0,00	7.248,95
2331	Nutzungsgebundenes Kapital	0,00	515,00
2332	Wiederbeschaffungsrücklage	0,00	2.420,30
		<u>120.074,58</u>	<u>130.258,83</u>
	Bilanzverlust		
	Bilanzverlust	18.543,10-	0,00
	Sonstige Rückstellungen		
2720	Urlaubsrückstellungen	0,00	250,00
2730	Sonstige Rückstellungen	3.900,00	3.500,00
2742	Rückstellungen für Abschluss und Prüfung	4.000,00	4.000,00
		<u>7.900,00</u>	<u>7.750,00</u>
	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		
3000	Verbindlichkeiten aus Lief. und Lstg. Ko	8.099,12	5.285,75
3031	Verbindlichkeiten aus Lief. und Lstg. oh	0,00	95,20
		<u>8.099,12</u>	<u>5.380,95</u>
	Sonstige Verbindlichkeiten		
1100	Forderungen aus Lief. u. Leist	549,92	763,22
3032	Verbindlichkeiten Darlehen	0,00	50.000,00
3504	Verbindlichkeiten Lohn- und Kirchensteuer	0,00	3.559,87
3516	Verbindlichkeiten gegen ehrenamtlich Tätige	4.104,05	3.736,75
3570	Sonstige Verbindlichkeiten	367,00	582,50
		<u>5.020,97</u>	<u>58.642,34</u>
	Summe Passiva	<u>147.551,57</u>	<u>227.032,12</u>

Alzheimer Angehörigen-Initiative gemeinnützige GmbH

Berlin

Kontennachweis zur Gewinn- und Verlustrechnung

Konto	Bezeichnung	2019 Euro	2018 Euro
Umsatzerlöse			
4015	Erlöse Tagespflege, Pflegegrad 2	0,00	2.144,69
4025	Erlöse Tagespflege, Pflegegrad 3	0,00	5.474,66
4035	Erlöse Tagespflege, Pflegegrad 4	0,00	4.994,34
4045	Erlöse Tagespflege, Pflegegrad 5	0,00	1.872,53
4110	Erträge aus teilst. Pflegeleistungen - Pflegegrad 2 Pflegekasse	28.857,67	0,00
4112	Erträge aus teilst. Pflegeleistungen - Pflegegrad 2 Selbstzahler	2.547,33	0,00
4120	Erträge aus teilst. Pflegeleistungen - Pflegegrad 3 Pflegekasse	42.149,51	0,00
4122	Erträge aus teilst. Pflegeleistungen - Pflegegrad 3 Selbstzahler	2.833,75	0,00
4130	Erträge aus teilst. Pflegeleistungen - Pflegegrad 4 Pflegekasse	26.188,27	0,00
4140	Erträge aus teilst. Pflegeleistungen - Pflegegrad 5 Pflegekasse	6.134,15	0,00
4150	Erträge aus teilst. Pflegeleistungen - § 43b SGB XI Pflegekasse	10.993,40	568,48
4161	Erträge aus teilstationären Pflegeleistungen - Unterkunft	11.554,89	1.529,98
4162	Erträge aus teilstationären Pflegeleistungen - Ver- pflegung	7.762,30	1.032,85
4191	Erträge aus teilstationären Pflegeleistungen - Trans- portleistungen	18.849,92	3.193,69
4440	Zuwendungen Begrus	155.818,88	200.310,18
4642	Ertr.a.gesond. Berechn. v.Investitionsaufw. geg.Pfle- gebed. - teilst.	17.658,87	2.800,14
4960	Erlöse aus aktivierender Einzelbetreuung	251.108,90	274.509,00
4961	Erlöse aus Gruppenbetreuung	102.612,25	100.145,50
4962	Erlöse Krankengruppen	2.230,00	1.310,00
4963	Erlöse aus Betreuung nach §125 SGB XI	62.276,62	53.249,25
4964	Erlöse Schulungseinsätze §45 SGB XI	540,00	0,00
4965	Erlöse aus Beratungspflichtbesuchen	1.655,00	0,00
4966	Erlöse sonstige Gruppen	350,00	490,00
4970	Erlöse Betreute Urlaube	196.982,00	165.288,00
4971	Erlöse Ausflüge	<u>2.010,45</u>	<u>2.934,30</u>
		951.114,16	821.847,59
Sonstige betriebliche Erträge			
4410	Zweisungen u. Zuschüsse f. teilstationäre Pflegeleistg.	7.154,00	0,00
4441	Zuwendung AAi e.V.	15.000,00	20.000,00
4834	Erstattungen Aufwendungsausgleichsgesetz/	19.005,44	8.689,72
5270	Erträge Herabsetzung PWB	10,00	0,00
5271	Erträge Herabsetzung EWB	48,00	193,00
5300	Erträge Auflösung von Rückstellungen	0,00	460,65
5501	Erträge aus Verwaltungskostenumlagen	12.000,00	12.000,00
5575	Periodenfremde Erträge	2.534,19	775,50
5605	Sonstige Erträge unregelmäßig	579,74	548,02
		<hr/>	<hr/>
		56.331,37	42.666,89
Übertrag		951.114,16	821.847,59

Alzheimer Angehörigen-Initiative gemeinnützige GmbH
Berlin

Kontennachweis zur Gewinn- und Verlustrechnung

Konto	Bezeichnung	2019 Euro	2018 Euro
Übertrag		951.114,16	821.847,59
		56.331,37	42.666,89
	Sonstige betriebliche Erträge		
5660	Spenden und ähnliche Zuwendungen	<u>2.353,00</u>	<u>920 00</u>
		58.684,37	43.586,89
	Löhne und Gehälter		
6000	Löhne u. Gehälter - Leitung Pflegeeinrichtung	88.930,84	0,00
6002	Sachzuwendungen und Dienstleistungen	1.122,72	0,00
6010	Löhne u. Gehälter - Pflegedienst	61.598,30	0,00
6015	Aushilfslöhne Pflegedienst	200,00	0,00
6020	Löhne u. Gehälter Betreuungsdienst	280.964,47	0,00
6021	Freiwillige soziale Aufwendungen, lohnstpfl.	960,00	0,00
6022	Sachzuwendungen und Dienstleistungen	1.668,42	0,00
6025	Aushilfslöhne Betreuungsdienst	3.900,00	0,00
6040	Löhne u. Gehälter Verwaltungsdienst	96.616,64	0,00
6042	Sachzuwendungen und Dienstleistungen	728,04	0,00
6045	Aushilfslöhne Verwaltungsdienst	1.500,00	0,00
6060	Löhne und Gehälter	0,00	483.128,22
6061	Freiwillige soziale Aufwendung. LSt-pfl.	0,00	1.040,00
6062	Fahrtkostenerstatt Whg./Arbeitsstätte	0,00	4.329,70
6063	Pauschale Steuer auf sonstige Bezüge	0,00	704,80
6066	Pauschale Steuern für Aushilfen	0,00	597,86
6070	Löhne für Minijobs	25.406,84	0,00
6072	Sachzuwendungen und Dienstleistungen	690,00	0,00
6073	Pauschale Steuern für Minijobber	613,44	0,00
6090	Zuschüsse der Agenturen für Arbeit	<u>4.305 60-</u>	<u>0 00</u>
		560.594,11	489.800,58
	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		
6100	Gesetzliche Sozialabgaben - Leitung	19.588,86	0,00
6110	Gesetzliche soziale Aufwendungen - Pflegedienst	13.895,08	0,00
6120	Gesetzliche soziale Aufwendungen - Betreuungsdienst	64.773,75	0,00
6140	Gesetzliche soziale Aufwendungen - Verwaltung	20.968,29	0,00
6160	Gesetzliche Sozialaufwendungen	0,00	106.979,44
6170	soziale Abgaben Minijobber	7.061,67	0,00
6180	Beiträge zur Berufsgenossenschaft	<u>3.900,00</u>	<u>3.500,00</u>
		130.187,65	110.479,44
	Abschreibungen		
	auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		
7500	Abschreibungen auf immaterielle Vermögen	452,00	188,41
7510	Abschreibungen auf Sachanlagen	1.896,00	874,99
7515	Abschreibungen auf den Sammelposten GWG	<u>2.709,85</u>	<u>2.804 67</u>
		5.057,85	3.868,07
Übertrag		313.958,92	261.286,39

Alzheimer Angehörigen-Initiative gemeinnützige GmbH

Berlin

Kontennachweis zur Gewinn- und Verlustrechnung

Konto	Bezeichnung	2019 Euro	2018 Euro
Übertrag		313.958,92	261.286,39
	Sonstige betriebliche Aufwendungen		
6500	Lebensmittel	3.758,22	841,50
6510	Getränke	147,01	49,33
6560	Vorschuss Essensgeld Begru	7.166,00	6.949,00
6636	Hygienematerial	789,91	1.315,62
6638	Klein-Instrumentarium Pflegebereich	20,00	39,98
6651	Aufwendungen Patientenfürsprecher	360,00	0,00
6670	Kulturelle Betreuung	202,30	0,00
6671	Hotelkosten Betreute Urlaube	126.173,60	108.301,90
6672	Freizeitgestaltung/Ausflüge/Ferienaufenthalte	330,00	0,00
6673	Reisekosten für Ausflüge/Ferienaufenthalte	14.872,91	13.687,84
6675	Gruppenaktivitäten Begrus	180,00	347,60
6680	Beschäftigungstherapie	1.187,16	466,48
6720	Strom	1.368,79	1.463,00
6804	Hausverbrauch Material	221,81	257,96
6805	Hausschmuck	31,97	0,00
6806	Ersatz Geschirr	12,60	0,00
6808	Hausverbrauch Reinigung	0,75	0,00
6814	Wäschereinigung und Pflege	2,55	0,00
6819	Sonstiger Wirtschaftsbedarf	124,44	9.212,40
6822	Fremdreinigung Haus- und Fensterreinigung	9.837,98	4.025,33
6829	Supervision	0,00	1.600,00
6834	Aufwend.zentrale Beförderungsdienste	20.895,45	3.339,00
6842	Büromaterial	2.747,54	3.245,20
6844	Porto	2.218,03	1.846,50
6846	Telefon, Telefax, Mobilfunk, Internet	1.867,42	1.503,41
6850	Zeitschriften, Bücher (Fachliteratur)	599,31	647,26
6852	Rundfunk- und Fernsehgebühren	69,96	69,96
6858	Nebenkosten des Geldverkehrs	534,86	556,32
6861	Lohnservice	5.390,54	5.167,71
6862	Fremdleistungen und Fremdarbeiten	0,00	695,20
6864	Rechtskosten	318,48	50,00
6865	Beratungskosten	386,75	0,00
6866	Abschluss- und Prüfungskosten	4.000,00	4.000,00
6867	Fortbildungskosten	3.018,55	3.312,15
6868	Personalbeschaffungskosten	70,00	62,00
6869	Aufwandsentschädigungen	52.898,61	57.413,17
6870	Werbekosten	3.842,93	5.425,14
6878	Repräsentationskosten	199,90	0,00
6879	Aufmerksamkeiten	4.378,09	5.628,09
6891	Reisekosten Arbeitnehmer Fahrtkosten	247,13	227,21
7154	Beiträge an Verbände und Organisationen	408,00	336,00
7158	Versicherungen (ohne Kfz-Versicherung)	2.185,92	2.008,72
7181	Aufwendungen für Abraum- und Abfallbeseitigung	141,03	108,29
7554	Forderungsverluste (übliche Höhe)	0,00	3,00
		<hr/>	<hr/>
		273.206,50	244.202,27
Übertrag		313.958,92	261.286,39

Alzheimer Angehörigen-Initiative gemeinnützige GmbH
Berlin

Kontennachweis zur Gewinn- und Verlustrechnung

Konto	Bezeichnung	2019 Euro	2018 Euro
Übertrag		313.958,92 273.206,50	261.286,39 244.202,27
	Sonstige betriebliche Aufwendungen		
7556	Einstellung in die PWB auf Forderungen	0,00	95,00
7558	Einstellung in die EWB auf Forderungen	1.280,00	121,00
7601	Miete Geschäftsstelle	9.447,60	9.447,60
7602	Miete Tagespflege Hauptstraße 29	40.116,48	23.401,28
7610	Nutzungsentgelte Begrus	14.386,00	12.879,00
7712	Instandhaltung und Instandsetzung BGA	626,65	351,06
7716	Wartungskosten Hard- und Software	2.951,96	3.791,00
7810	Periodenfremde Aufwendungen	<u>672,16</u>	<u>50,00</u>
		342.687,35	294.338,21
	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		
5120	Sonstige Zinserträge	1,08	15,44
	Jahresfehlbetrag	<hr/>	<hr/>
	Jahresfehlbetrag	28.727,35	33.036,38
	Entnahmen aus Gewinnrücklagen		
	Aus anderen Gewinnrücklagen		
8050	Entnahmen andere Gewinnrücklagen	10.184,25	33.036,38
	Bilanzverlust	<hr/>	<hr/>
	Bilanzverlust	18.543,10	0,00
		<hr/>	<hr/>

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf - außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen - der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichtendes Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen - sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio.€ beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches an gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistungsklage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2)) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsaufbereitungen. Weitere Aufbereitungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1)) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2)) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3)) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögenssteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise

b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern

c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden

d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern

e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4)) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5)) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6)) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. aus dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrssteuer, Grunderwerbsteuer,

b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,

c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und

d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7)) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärungen als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1)) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Berriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2)) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.